



Rechter Backlash und die Queere Antwort

Positionspapier der SP Queer Schweiz, Mitgliederversammlung vom 8. Oktober 2023

Wir queeren Feminist*innen streben nach einer Welt, in der unsere queeren Identitäten nicht mehr mit Stigmata, Diskriminierung und Gewalt gleichgesetzt werden. Wir streben nach einem freien und emanzipierten Leben in einer Gesellschaft, in der alle Lebens- und Beziehungsformen respektiert und gefeiert werden. Eine Welt, in der unsere Sicherheit und unsere Gesundheit nicht davon abhängig ist, ob man daraus Profit schlagen kann oder ob sich eine Gesellschaft genügend Wohlfahrt für die gesamte Bevölkerung leisten kann.

In den letzten beiden Jahrzehnten gab es in den westlichen Ländern die vorherrschende liberale Meinung, dass sich unsere Gesellschaft von alleine immer weiter in diese inklusive Richtung entwickelt. Sozialdemokratische und sozialistische Kräfte standen dieser Ansicht skeptisch gegenüber.

Denn, jedem gesellschaftlichem Fortschritt gingen jahrzehntelange Kämpfe auf den Strassen voraus. Jeder Änderung der öffentlichen Meinung hin zu mehr Queerfreundlichkeit gingen die aktivistische Arbeit von unzähligen mutigen queeren Aktivist*innen voraus. Nur so konnte man auch in der Schweiz die eingetragene Partnerschaft und seit 2021 die Ehe für alle erkämpfen, nur so konnte der Diskriminierungsschutz auf die Sexualität ausgeweitet werden und nur so konnte die Geschlechtsanpassung institutionell vereinfacht werden. **Rechte für queere Personen sind in einer patriarchalen und kapitalistischen Gesellschaft, die den Profit der Einzelnen über das Wohlergehen aller stellt, keine Selbstverständlichkeit. Sie sind deshalb auch stets in Gefahr, wieder angegriffen oder gar wieder abgebaut zu werden.**

Dieser stets drohenden Wende ist mit aller Kraft entgegenzuwirken. Im Jahr 2023 befinden wir uns global in der Situation, in der rechtsaussern Kräfte erstarken und queere Personen frontal angegriffen werden. Sei dies in den USA, wo 2023 alleine bis im April 417 neue Anti-LBGTQIA+-Gesetze in den Parlamenten eingereicht wurden (zum Vergleich 2018 waren es landesweit noch 42 Einreichungen) oder sei dies in Italien, wo lesbischen Müttern das Recht auf ihre eigenen Kinder weggenommen wird. Aber auch in der Schweiz, wo Drag-Lesungen von faschistischen Gruppierungen angegriffen werden und ein gewählter SVP-Nationalrat so stark gegen einen gesellschaftsliberalen Unterrichtstag hetzt, dass dieser schliesslich abgesagt werden muss, zeigt sich dieser rechte Backlash. Es ist nicht verwunderlich, dass auch die verbalen und körperlichen Angriffe ("Hate Crimes") auf queere und insbesondere



trans Personen im letzten Jahr massiv zugenommen haben.¹ Diese laufende reaktionäre Offensive ist erschreckend und wir nehmen sie sehr ernst.

Wir haben nicht vor, uns zu beugen. Wir wollen verstehen, wie die gegenwärtige reaktionäre Bewegung funktioniert, um sie besser zu bekämpfen. Wir wissen, dass nur eine inklusive, emanzipierte und progressive Gesellschaft eine bessere Welt für die gesamte Gemeinschaft hervorbringt und dass wir dieses Ziel erreichen werden. Denn die Existenz und die Heftigkeit des Backlashes zeigt auf, dass die gesellschaftsliberale Progression auf dem gewinnenden Vormarsch ist und von einer breiten Öffentlichkeit geteilt wird. Allerdings ist klar, dass dieser gesellschaftliche Fortschritt erkämpft werden muss und nicht aus Selbstverständlichkeit geschieht.

Dieses Positionspapier soll die Funktionsweise der westlichen reaktionären Bewegung der frühen 2020er Jahre mit einem speziellen Fokus auf die Schweiz beleuchten und Strategien entwickeln, um sich ihr zu widersetzen - für die SP, aber auch für die queere Linke im weiteren Sinne.

1. Historischer Kontext

Auch wenn wir uns in erster Linie mit den jüngsten Entwicklungen befassen, sind wir nicht der Ansicht, dass Gewalt gegen queere Personen ein neues Phänomen ist. Im Gegenteil: Repression und Kriminalisierung haben unsere Existenz schon immer strukturiert. Historisch gesehen entstand Homosexualität als Kategorie um die Wende zum 20. Jahrhundert durch ihre Kriminalisierung. Die ersten homosexuellen Bewegungen entstanden als Reaktion auf die strafrechtliche Unterdrückung gleichgeschlechtlicher sexueller Handlungen. In der westlichen Welt war die Homosexuellenbewegung je nach Epoche mehr oder weniger militant oder assimilatorisch. In jedem Fall gelang es ihr, die Gesetzgebung weiterzuentwickeln. Auch in der Schweiz zeigten sich in den vergangenen Jahrzehnten vergleichbare gesellschaftliche Verschiebungen.

Queerness war in der Schweiz vor allem ab den 1950ern stark zusammenhängend mit Diskriminierung und Unterdrückung. Beispielsweise führten Stadtpolizeien bis Ende der 1970er Jahre Register über Homosexuelle. Orte queerer Treffs mussten geheim gehalten werden, da sie sonst Zielscheibe gewalttätiger Angriffe wurden.

Die AIDS-Krise in den 1980er Jahren und vor allem die einseitige Berichterstattung schürte die Angst und damit die Schwulenfeindlichkeit in der Bevölkerung. Dieser heftige Backlash

¹ Vgl. Hate Crime Bericht 2023: Neuer Bericht zeigt: Mehr trans Personen melden Angriffe auf sie : Pink Cross.



führte in der medialen Öffentlichkeit zu einer “Verbürgerlichung” der Schwulenbewegung. Bürgerliche und heteronormative Werte wie Ehe und Monogamie wurden dadurch auch in der Schwulenbewegung in den Fokus gerückt. Dies durchaus auch aus der Notwendigkeit der rechtlichen (und damit gesundheitlichen) Absicherung heraus. Aber die Krise und die immer stärker werdende Selbstorganisation in Schwulenverbänden gaben den Schweizer Schwulen eine neue Selbstverständlichkeit und ein umso stärkeres, aktivistisches Community-Gefühl.

Die Rechte von trans Personen in der Schweiz entwickelten sich entlang internationaler Entwicklungen. Seit Mitte des 20. Jahrhunderts wurde Transgeschlechtlichkeit in der westlichen Forschung anerkannt und in der internationale Klassifikation der Krankheiten (ICD), welche bis heute die Grundlage für die Gesetzgebung rund um trans Personen bildet, taucht die Diagnose “Transsexualität” erstmals 1975 auf.² Gegen die Klassifikation als psychische Erkrankung sowie für einen Zugang zur Geschlechtsangleichung, die weder eine vollständige operative Anpassung, eine Verzögerung durch diagnostische Beobachtungen oder eine Sterilisation bedingt, kämpft die trans Community seither. Ebenso galt bis in die 2012 auch die Vorgabe, dass trans Personen den sogenannten Alltagstest bestehen müssen. Das heisst, dass sie ein Jahr in ihrem eigentlichen Geschlecht leben müssen, bevor sie geschlechtsangleichende Massnahmen erhalten können. Dies stellt eine riesige Hürde für trans Personen dar, die sie zusätzlichem Stress aussetzt. Seit 2012 sind in der Schweiz Alltagstest und Zwangssterilisationen abgeschafft. Einen grossen Anteil an diesem Erfolg hat das Transgender Network Schweiz (TGNS), welches 2010 gegründet wurde.

In den letzten Jahren wurden in der Schweiz einige wichtige Schritte in Richtung einfachere Transition vollzogen. So wird die Diagnose seit 2019 mit der Revision des ICD “Geschlechtsinkongruenz” genannt und seit Beginn 2022 ist die Diagnose ICD-11 “Geschlechtsinkongruenz” im Kapitel “Probleme/Zustände im Bereich der sexuellen Gesundheit” in Kraft, was zu einer Entpathologisierung der Transgeschlechtlichkeit führt. Allerdings übernehmen in der Schweiz viele Krankenkassen die Kosten weiterhin erst nach einer zweijährigen Diagnostik. Eine Handhabung die menschenrechtlichen Pflichten laut dem EMRK widerspricht.³

Bei intergeschlechtlichen Personen ist die Situation noch unsicherer. Bis heute werden bei intergeschlechtlichen Säuglingen nicht-lebensrettende Operationen, die alleine einer Geschlechtsbestimmung dienen vollzogen. Dies, obwohl der Europäische Kommission gegen

² Vgl. Medizinische Einordnung von Trans*identität | Geschlechtliche Vielfalt - trans* | bpb.de

³ Vgl. Die Menschenrechte von trans Personen in der Schweiz - humanrights.ch



Rassismus und Intoleranz (2019), der UN-Kinderrechtsausschuss (2021), der UN-Frauenrechtsausschuss (2022) ein Verbot oder eine Pönalisierung dieser Eingriffe an Kindern und der UN-Folterrechtsausschuss (2023) die aktuelle Praxis als eine Form der Folter beurteilt. Intergeschlechtlichkeit ist bis heute ein Tabuthema und führt bei intergeschlechtlichen Menschen äusserst oft zu Scham oder Traumatisierungen. Für eine Änderung dieses Zustandes braucht es eine breite gesellschaftliche Verurteilung der bestehenden Praktiken und eine urteilslose Sichtbarmachung von intergeschlechtlichen Personen. Davon ist die Schweiz allerdings noch meilenweit entfernt.

Allgemein lässt sich sagen, dass die Schweiz sich in den letzten Jahrzehnten im europäischen Vergleich nicht als progressives, queerfreundliches Land hervorgetan hat.

Im europäischen Vergleich besetzt die Schweiz bloss den 20. Platz von 49 Ländern.⁴ Das politische Klima gegenüber queeren Personen ist bei weitem nicht so offen, wie es medial jeweils dargestellt wird. So wurde der Schutz vor Diskriminierungen aufgrund der Sexualität 2020 der Urne angenommen. Allerdings strich der Nationalrat vorher den Schutz vor Diskriminierungen aufgrund der Geschlechtsidentität aus der Vorlage. Die Ehe für alle wurde 2021 angenommen. Die Vorlage musste vor die Stimmbevölkerung, da es fundamentalistische und rechtskonservative Gruppen geschafft hatten, ein Referendum dagegen zu sammeln. Rund ein Drittel der abstimmenden Bevölkerung war gegen eine Ehe für alle.⁵

Es gibt immer wieder wichtige Fortschritte, wie etwa die vereinfachte Namens- und Geschlechtsänderung seit Beginn 2021⁶ oder die Schaffung zuständiger Stellen beim Eidgenössischen Departement des Inneren (EDI) im Jahr 2024.⁷ Allen diesen Errungenschaften gehen jahrzehntelange Kämpfe der queeren Bewegung auf den Strassen, in der Wandelhalle und in den Parlamenten voraus. Und immer wieder erfährt sie Rückschläge, wie jüngst die Weigerung des Bundesrats, einen dritten Geschlechtseintrag zu anerkennen.⁸ Die rechtliche Anerkennung aller Geschlechtsidentitäten ist damit in weiter Ferne.

⁴ Vgl. Rainbow Europe (rainbow-europe.org)

⁵ Vgl. Trends, Resultate und Analysen - Zum Nachlesen: Das war der SRF-Abstimmungssonntag - News - SRF

⁶ Vgl. Transmensen können Namen und Geschlecht einfacher ändern zentralplus

⁷ Vgl. LGBTI-Themen werden ab 2024 dem Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann angegliedert (admin.ch)

⁸ Vgl. Binäres Geschlechtermodell - Bundesrat ist gegen Einführung einer dritten Geschlechtsoption - News - SRF



Parallel dazu haben sich in den Kantonen Unterstützungsangebote für queere Personen entwickelt. Diese Einrichtungen werden selten direkt von der öffentlichen Hand betrieben, sondern häufig an Vereine delegiert, die mit öffentlichen Zuschüssen arbeiten, die von Jahr zu Jahr neu verhandelt werden.⁹ Dies hat zur Folge, dass die von den Vereinen erbrachten Dienstleistungen, die für das Wohlergehen der LGBTIQA+-Gemeinschaft von entscheidender Bedeutung sind, extrem abhängig von der Gunst wechselnder politischer Mehrheiten sind. Reaktionäre Parteien wie die SVP stellen eine besondere und direkte Bedrohung dar, aber auch andere bürgerliche Parteien, die Sparmassnahmen und Haushaltskürzungen befürworten, sind nicht zu unterschätzen.

Die Verbesserung der Rechte von LGBTIQ+-Personen auf institutioneller Ebene geht immer mit einer zunehmenden Sichtbarmachung einher. Diese progressive Ausrichtung der Gesellschaft, die vor allem für eine bestimmte Gruppe von Menschen Fortschritt bedeutet, rief in den letzten Jahren vermehrt reaktionäre Kräfte auf den Plan. Kräfte, die alte Weltordnungen und damit Machtverhältnisse wie heteronormative Familienbilder erhalten wollen, um weiter ihre Privilegien auskosten zu können.

2. Formen der Gewalt

Körperliche und verbale Angriffe sind die offensichtlichste Form von Gewalt gegen queere Personen. Es bleibt aber schwierig, die Gewalt gegen LGBTIQA+-Personen zu quantifizieren, da es keine offiziellen Statistiken gibt¹⁰. Darüber hinaus werden queerfeindliche Angriffe oft nicht zur Anzeige gebracht. Dies liegt daran, dass queere Personen ein berechtigtes Misstrauen gegenüber der Polizei haben. Dieses Misstrauen ist zum einen historisch gewachsen, aufgrund der oben genannten Register sowie Resultat unterschiedlicher Erfahrungen queerer Menschen mit für queere Thematiken ungeschulten Polizeipersonal.

Doch Gewalt nimmt auch andere Formen an, diskursive und politische, die eng mit den direkten Angriffen verbunden sind. Tatsächlich stellen die politischen Angriffe auf queere Existenzen, die nicht der einer bestimmten bürgerlichen Norm entsprechen, das Recht der Betroffenen auf ein Leben in Würde und im weiteren Sinne ihre Menschlichkeit in Frage. Diese Entmenschlichung macht gerade non-konforme queere Personen zu bevorzugten Zielen für gewalttätige Angriffe.

⁹Es gibt einige Ausnahmen von diesem Grundsatz, wie die im Kanton Waadt existierende Stelle einer "kantonalen Beauftragten für Fragen der Homophobie und Transphobie".

¹⁰ Eine Ausnahme bildet der Kanton Freiburg und die Stadt Zürich (Vgl. Hassverbrechen in der Schweiz - Auch Zürich erfasst Hate Crimes – nicht bloss für die Statistik - News - SRF)



Diskursiv sind wir heute mit einem rechten Backlash konfrontiert. Dieser kommt nicht unerwartet, aber er ist gefährlich. Sobald progressive, feministische Kräfte erstarken, ruft das konservative Kräfte auf den Plan. Die reaktionäre Furcht um die eigenen Privilegien und vor der Überwindung eines klar hierarchischen Rollenbilds wird von den Rechtsausserparteien immer wieder bespielt, ohne Rücksicht auf Opfer in der queeren Community. Dieser Backlash reiht sich in eine Geschichte antifeministischer Backlashes ein, die als Reaktion auf progressive Bewegungen und Errungenschaften entstehen.

Neu ist, dass bürgerliche-liberale Parteien wie FDP oder Mitte (ehemals CVP, BDP) zu diesen Angriffen schweigen oder erstaunlich wenig sagen. Vor einigen Jahren noch bekannten sich die Volksparteien klar zur Frauenförderung und zur LGBTQIA+- Community. Im Zuge des momentanen rechten Backlashes bleibt es aber rund um diese Parteien entlarvend still. Das zeigt, dass ihre Unterstützung für Minderheiten von der Ausrichtung des öffentlichen Diskurses abhängig ist und wenig mit sogenannten liberalen Werten zu tun hat.

Der politische Angriff findet auch auf der Ebene der Parlamente, in den Sozialen Medien und den Massenmedien statt. Er steht in direktem Zusammenhang mit dem diskursiven Angriff, da er die Umsetzung von Wahlprogrammen darstellt. Dies geschieht beispielsweise, wenn die SVP Gesetzesentwürfe einbringt, um die "inklusive Schrift", Drag-Queens-Shows oder Transitionen von Minderjährigen zu verbieten. Die Attacken finden durch gewählte Parlamentarier*innen der SVP und durch weitere Exponent*innen statt, die auf den Sozialen Netzwerken ungestört Queerness in Verbindung mit Pädophilie bringen oder Kinder vor der Verführung zum "Transsein" und Pubertätsblockern schützen wollen. In den Sozialen Medien werden diese Narrative verbreitet und von den bürgerlichen Medien oft effekthascherisch und unfundiert aufgegriffen, was die Hetze verstärkt. Diese Narrative sind nicht neu, sondern neu ausgegraben. Beispielsweise wurden Schwule bereits in den 1990ern mit dem Vorwurf der Pädophilie konfrontiert.¹¹

Diese Entwicklung lässt sich international beobachten. Auch in den USA, Deutschland, Grossbritannien, Italien, Österreich, Schweden, Niederlande oder Frankreich werden diese reaktionären Narrative hervorgeholt und verbreitet. Nicht selten lässt sich dabei beobachten, wie die rechtsextremen Parteien sich gegenseitig kopieren, um ihre Stimmenanteile zu sichern. Besonders offensichtlich kopiert momentan die SVP Strategien der radikalisierten US-amerikanischen Republikanern, wenn sie auf allen Parlamentsebenen Vorstösse lancieren und entsprechende Narrative aufgreifen.

¹¹ Vgl. Vorurteile wieder da: Gespenst pädophiler Schwuler - taz.de



3. Die reaktionäre queerphobe Offensive ist ein antifeministischer Backlash

Einige Akteure wollen im Zuge dieses Backlashes die Interessen von Frauen den Interessen von queeren Menschen gegenüberstellen. Damit sollen Feminist*innen verunsichert oder gespalten werden. Denn diese Gegenüberstellung bespielt reale Ängste: Vor dem Hintergrund des Abbaus des Sozialstaats bedeutet die Zuweisung von Finanzmitteln an eine Bevölkerungsgruppe zwangsläufig, dass diese Mittel anderen entzogen werden. So wird die Kernforderung nach Abschaffung des Geschlechtseintrags im Zivilstandsregister von den Liberalen kooptiert, die darin eine Möglichkeit sehen, die Mutterschaftsversicherung abzuschaffen und Frauen zum Militärdienst zu verpflichten.

Angesichts dieses falschen Dilemmas ist nur eine linke Antwort haltbar. Wir stehen für ein soziales Wirtschaftsmodell, das genügend Ressourcen all denjenigen zuteilt, die sie benötigen. Das bedeutet mehr Geld für queere Verbände und Frauenanliegen, mehr Räume für Frauen und TINAQ-Personen. Denn echte Gleichberechtigung bezieht eben alle ein.

4. Unsere Strategien

4.1. Staat & Institutionen

Die Ausweitung der Antirassismus-Strafnorm (Diskriminierungsschutz) auf sexuelle Orientierung 2020 hat einen wichtigen symbolischen und politischen Wert, da sie die gesellschaftlichen Vorstellungen definiert, was akzeptabel ist und was nicht. Daher setzen wir uns für die Aufnahme der Geschlechtsidentität und Variationen der Geschlechtsmerkmale in den Diskriminierungsschutz ein.

Das Gesetz ist kein Wunderheilmittel gegen die Diskriminierung von Minderheiten ist, da sie nur schwer anwendbar ist. Zum Vergleich: Zwischen 1995 und 2019 wurden nur 935 Fälle registriert, also weniger als 40 pro Jahr – zu wenig, wenn man die Realität von Diskriminierung in der Schweiz betrachtet. Unsere Strategie darf daher nicht bei der Änderung der Strafnorm stehen bleiben.

Die institutionelle Öffentlichkeit muss sich in Richtung queere Aufklärung und der Schaffung queerer Räume bewegen. Das bedeutet zunächst mal die finanzielle Unterstützung für Dachverbände und Hilfsangebote für queere Personen. Wir setzen uns ein für ausreichend Schutzräume für queere Personen.



Ausserdem muss das Sicherheits- und Gesundheitspersonal eine ausreichende queere Bildung erhalten. Dazu gehört eine genügende Aufklärung über die Diversität von Gender, die Bedürfnisse von trans Personen, auch der non-binären, und eine Sensibilität für die Lebensrealität von queeren Personen in einer Gesellschaft, in welcher ihnen noch sehr viel Diskriminierung entgegenschlägt.

Die Institutionen müssen Ressourcen in die Verhinderung der Organisation von queerfeindlicher Gewalt wie etwa durch faschistische Gruppierungen wie der Jungen Tat investieren. Ebenso braucht es genügend Ressourcen für nachhaltige Opferhilfe sowie Täterarbeit, damit eine Resozialisierung und Wiedereingliederung möglich wird.

4.2. Die Strasse

Als queere Bewegung überlassen wir die Strassen nicht den reaktionären Kräften. Wir müssen uns untereinander vernetzen, untereinander helfen, genügend queere Räume schaffen und die existierenden queeren Räume schützen. Die Notwendigkeit einer stolzen queeren Öffentlichkeit muss der ganzen queeren Community bewusst sein, egal ob links oder nur liberal. Ein starker Zusammenhalt in der Community ist zentral. Die vergangenen Fehler der Assimilation und damit der Ausgrenzung aller Identitäten, die dies nicht wollen oder können, darf nicht wiederholt werden. Wir stehen zusammen und feiern uns gegenseitig. Wir können das, wie der hohe Selbstorganisationsgrad der Community beweist. Mittelfristig muss der Staat dieses Angebot subventionieren, damit es ausreichend ist und Bestand hält.

4.3. Kommunikation

Wenn die Bevölkerung ehrlich informiert wird, ist sie bereit, die Rechte von queeren Personen zu unterstützen. Angesichts der Desinformation durch die bürgerliche Presse müssen wir alternative Informationskanäle benützen und weiterentwickeln, sowie die bürgerliche Presse in die Verantwortung nehmen.

Parallel dazu müssen wir die Nischen, die wir in der bürgerlichen Presse erhalten, benutzen, um zu sagen, was ist. Wir müssen auf die Zusammenhänge zwischen der rechtsausser Strategie von Stimmenfang und dem Erhalt von Hierarchien und der Bedrohung der Sicherheit von queeren Personen hinweisen.

Die Linke ist in der Pflicht, Hass und Hetze zu benennen und ihr Räume zu verwehren. Denn jegliche Hetze gegen Minderheiten kann auch in eine profaschistische Richtung gehen und dies ist unbedingt zu verhindern.



4.4. Bildung

Das Gewinnen von linken Aktivist*innen ist von entscheidender Bedeutung. Eine Massenpartei hat das Potenzial, Mitglieder in der gesamten Gesellschaft zu haben und so ihre Ideen überall zu verbreiten. Dies setzt jedoch voraus, dass die Mitglieder in der Lage sind, die Ideen der Partei zu vertreten. Interne Schulungen sind daher für den Erfolg unserer politischen Ziele von entscheidender Bedeutung.

Darüber hinaus müssen wir auch die Bemühungen unterstützen, queere Themen in die Aus- und Weiterbildung auf allen schulischen Ebenen zu integrieren.

5. Schlussfolgerung

Der von der SVP und weiteren rechtsausen Kräften ausgehende Backlash ist nicht überraschend, aber muss ernst genommen werden. Die oft macht-opportunen bürgerlichen Parteien schweigen, denn es herrscht ein Machtkampf zwischen der progressiven Gesellschaft und einem patriarchalen Rollenbild. Umso essenzieller ist es, dass wir als SP queer klare Stellung gegen Rechts beziehen und die Zusammenhänge zwischen Backlash und patriarchalen Machtkämpfen aufzeigen. Dies bedingt ein Einfordern von mehr Ressourcen für Bildung, Schutz und Aufklärung. Ebenso müssen bürgerliche Medien in Pflicht genommen werden ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft wahrzunehmen. Hass und Hetze sind keine Meinung und dürfen nicht verbreitet werden.

Die queere Community muss in ihrer Gesamtheit geeint auftreten und sich den Raum einnehmen, der ihr gebührt. Dabei müssen wir das gegenseitige Verständnis, Solidarität und den Stolz auf unsere diversen Sexualitäten und Identitäten hochhalten. Denn wir konnten es uns nicht aussuchen queer zu sein, wir hatten einfach Glück!